

## Anträge zum Europawahlprogramm 2009 der LINKEN

*Dieser Antrag wurde vom Parteivorstand in den Leitantrag übernommen. Ebenso wurde ein weiterer Änderungsantrag mit einer detaillierteren Formulierung bez. der "Wiederaufarbeitung" (L53.2) berücksichtigt. Auf dem Parteitag wurde außerdem eine noch deutlicher ablehnende Position zum „Emissionshandel“ angenommen (L.51. Klimaschutz nicht dem Markt überlassen).*

Änderungsantrag: Antragsteller/in: BAG Umwelt/Energie/ Verkehr; Ökologische Plattform; AG Umwelt & Energie der Bundestagsfraktion; LAG Umwelt Niedersachsen; LAG Umwelt Schleswig-Holstein;

Renate Adolph (MdL, LV Brandenburg), Hamide Akbayir (LV Nordrhein-Westfalen, Landesvorstandsmitglied), Heidemarie Behrens (LV Bremen), Frank Beiersdorff (LV Berlin), Michael Braedt (LV Niedersachsen), Thomas Brian (LV Berlin), Bernd Brouns (LV Berlin), Eva Bulling-Schröter (MdB, LV Bayern), Reiner Budnick (LV Niedersachsen), Klaus Bruno Engelhardt (LV Bayern), Marko Ferst (LV Berlin), Barbara Glaß (LV Thüringen), Lutz Heilmann (MdB, LV Schleswig-Holstein), Ralf Henrichs (LV Nordrhein-Westfalen), Kurt Herzog MdL (MdL, LV Niedersachsen), Hans-Kurt Hill (MdB, LV Saarland), Delia Hinz (LV Berlin), Angelika Hunger (MdL, LV Sachsen-Anhalt), Wolfgang Huste (LV Nordrhein-Westfalen), Anja Laabs (LV Brandenburg), Katrin Lompscher (Umweltsenatorin, LV Berlin), Achim Lotz (LV Hessen), Wolfgang Methling (MdL, LV Mecklenburg-Vorpommern), Florian Moritz (LV Berlin), Brigitte Ostmeyer (LV Baden-Württemberg, Parteivorstandsmitglied), Marion Platta (MdA, LV Berlin), Andreas Regner (LV Schleswig-Holstein), Thomas Röver (LV Niedersachsen), Dieter Schaarschmidt (LV Niedersachsen), Ulrich Schachtschneider (LV Niedersachsen), Björn Schering (LV Berlin), Anke Schneider, (LV Niedersachsen), Marjana Schott (MdL, LV Hessen), Gerrit Schrammen (LV Berlin), Mignon Schwenke (LV Mecklenburg-Vorpommern), Johanna Voß (LV Niedersachsen), Felicitas Weck, (LV Niedersachsen), Angela Whyte (LV Schleswig-Holstein)

Änderungsantrag zum Leitantrag des Parteivorstandes DIE LINKE an den Europaparteitag 28.02.2009 (EU-Wahlprogramm)

Der Parteitag möge beschließen:

1. Die Kapitel „Für eine wirksame Sozial- und Umweltunion“ (Zeile 384-438) und „Für eine solidarische Klimapolitik“ (Zeile 474-491) werden durch folgenden Text ersetzt:

### *1. Für eine solidarische und sozial gerechte Umweltpolitik*

Das Streben nach sozialer Gerechtigkeit und ein radikaler ökologischer Umbau unserer Lebens- und Wirtschaftsweisen sind zwei Seiten einer Medaille. So ist eine fortschrittliche Klimaschutzpolitik nicht nur überlebenswichtig für die natürliche Umwelt, sie ist zugleich ein Beitrag zum Kampf um globale soziale Rechte. Verschärft der fortschreitende Klimawandel doch das tägliche Ringen von Millionen Menschen ums Überleben. Die konkrete Ausgestaltung von Umweltpolitik darf jedoch nicht zu einer weiteren sozialen Spaltung der Gesellschaft führen. Bezahlbare Energie und Mobilität muss auch für einkommensschwache Bevölkerungsschichten gewährleistet bleiben. Der ökologische Umbau bedarf daher eines starken sozialen Sicherungssystems.

Der Umbau des Energiesystems, hin zu erneuerbaren Energien bei gleichzeitig effizienterem und sparsamerem Umgang mit Energie, muss beschleunigt werden. Nur so lassen sich die Folgen des Klimawandels begrenzen. Nur so ist auch langfristig bezahlbare Energie gewährleistet. Der Verteilungskampf um die letzten fossilen Energiereserven hat zudem auch in der EU zu einer Militarisierung der Energieaußenpolitik geführt. Eine Abkehr von der fossil-atomaren Energieversorgung ist daher auch eine zentrale friedenspolitische Investition.

Der Ausstoß an Klimagasen muss in der EU bis zum Jahr 2020 um mindestens 40 Prozent, bis Mitte des Jahrhunderts um rund 90 Prozent gegenüber 1990 vermindert werden. Nur so lässt sich die globale Erwärmung auf weniger als zwei Grad gegenüber vorindustriellen Temperaturen begrenzen. Die Minderungen müssen durch Maßnahmen innerhalb der EU erreicht werden. Daher ist der Zukauf von Emissionsrechten aus anderen Teilen der Welt auszuschließen. Mit Planungsmaßnahmen in Raum-

ordnung, Stadtentwicklung, Küstenschutz und Landschaftspflege muss dem bereits in Gang gesetzten Klimawandel und seinen Folgen begegnet werden. Um die Verhandlungen über ein Kyoto-Folgeabkommen zu beschleunigen, muss die EU zudem deutlich mehr Finanzmittel für den Klima- und Regenwaldschutz sowie für Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel in Entwicklungsländern bereitstellen. In Kooperation mit den Entwicklungsländern soll die EU den Einstieg in eine sozial und ökologisch nachhaltige Energiewirtschaft global befördern.

Der EU-Emissionshandel als zentrales Klimaschutzinstrument der EU hat versagt. Die kostenlose Vergabe von Emissionsrechten hat zu jährlichen Mitnahmegewinnen der Stromkonzerne in Milliardenhöhe geführt und nicht zum Klimaschutz beigetragen. In Zukunft müssen Kraftwerke und Unternehmen drastisch verschärfte Vorgaben für den Klimagasausstoß erhalten, damit insbesondere der Neubau von Kohlekraftwerken verhindert wird. Zumindest müssen die Emissionsrechte versteigert statt verschenkt werden. Das Aufkommen ist für den sozialökologischen Umbau zu verwenden. Bleibt solch eine Reform aus, so werden wir uns gegen den Emissionshandel wenden - zu Gunsten radikaler ordnungspolitischer Eingriffe in die Energiewirtschaft. DIE LINKE setzt sich überdies für ökologisch gewichtete Energie- und Ressourcensteuern ein, wo andere Instrumente nicht greifen. Dafür müssen Bürgerinnen und Bürger an anderer Stelle finanziell entlastet werden – sozial gerecht.

DIE LINKE fordert den unverzüglichen und unumkehrbaren Ausstieg aus der Atomwirtschaft. Der Euratom-Vertrag ist zu beenden und die beträchtlichen Fördermittel aus der Atomforschung für eine Abkehr vom fossil-nuklearen Energiesystem einzusetzen. Die Wiederaufarbeitung von Atommüll und die damit verbundenen Atommülltransporte sind zu stoppen. Ferner sind die Strahlenschutzgrenzwerte gemäß dem Stand von Wissenschaft und Technik zu verschärfen.

Um eine Energiewende zu ermöglichen, müssen in der Energiewirtschaft die Oligopole bei den Erzeugern und Netzbetreibern entflochten und die Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand überführt werden. Zentrale Elemente der Energieversorgung müssen in die Hände der Kommunen übergehen. Dafür sind Spielräume auf EU-Ebene zu schaffen.

Bis zum Jahr 2020 soll der Anteil erneuerbarer Energie am EU-Energieverbrauch 25 Prozent betragen. Doch auch erneuerbare Energien müssen Nachhaltigkeitskriterien genügen. Deshalb ist das Agroenergie-Ausbauziel der EU angesichts von Tropenwaldvernichtung und Vertreibung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern bzw. indigenen Gruppen auf die in der EU, unter Berücksichtigung der Nahrungsmittelproduktion, nachhaltig produzierbare Biomasse zu beschränken.

Statt vorrangig auf Agrokraftstoffe zu setzen, muss eine grundlegende Neuausrichtung der Verkehrspolitik erfolgen. Priorität muss die Vermeidung von unnötigem Verkehr sowie der Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs haben. Er muss Hand in Hand gehen mit deutlich niedrigeren Fahrpreisen. Der rasant ansteigende Güterverkehr muss eingedämmt und zunehmend von der Straße auf die Schiene gelenkt werden. Dazu sind die Fördermittel für den Ausbau internationaler Schienenverkehrsprojekte im Rahmen der Transeuropäischen Netze zu Lasten der Straßenprojekte deutlich zu erhöhen. Bei der Lkw-Maut sind die Umweltkosten einzubeziehen. Wir fordern ein EU-weites Verbot sogenannter Gigaliner und strengere Verbrauchs- und Abgasnormen für neue Pkw; für Lkw sind entsprechende Zielvorgaben einzuführen. Im Flug- und Schiffsverkehr setzen wir uns für eine europaweite Abgabe für fossile Kraftstoffe ein.

Auch jenseits des Energiebereichs muss der Verbrauch natürlicher Ressourcen drastisch gesenkt und effizienter gestaltet werden. Ziel muss die Minderung des Rohstoffverbrauchs und die Etablierung geschlossener Stoffkreisläufe sein.

In der Abfallpolitik tritt DIE LINKE dafür ein, – wie von der Abfallrahmenrichtlinie gefordert – Abfälle zuallererst zu vermeiden, ansonsten die eingesetzten Stoffe soweit wie möglich wieder zu verwenden beziehungsweise sinnvoll zu recyceln. Die Abfallverbrennung zur Behandlung der Restabfälle lehnen wir als Regelverfahren ab; stattdessen sind verstärkt alternative Verfahren, wie beispielsweise mechanisch-biologische Anlagen, zu fördern. Für existierende Verbrennungsanlagen sind die Anforderungen unverzüglich auf den Stand der Technik anzuheben. Der grenzüberschreitende Export von Abfällen ist zu untersagen.

Wir fordern die zügige Weiterentwicklung der europäischen Chemikalienverordnung REACH im Interesse gesunder Lebens- und Umweltbedingungen sowie einer besseren Information der Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Produktion und Vermarktung von allen Stoffen, die krebserregend oder erbgutschädigend sind bzw. sich in Mensch oder Umwelt dauerhaft anreichern, ist einzustellen.

Der Zustand der Meere ist besorgniserregend. Um die Überfischung zu stoppen, setzt sich DIE LINKE ein für das Verbot der Grundschleppnetzfisherei, die drastische Minderung des Beifangs und die Kopplung der Fischereisubventionen an ressourcen- und umweltschonende Fangmethoden. Wir strei-

ten für die Einrichtung großflächiger Meeresschutzgebiete, in denen Müllentsorgung oder Ressourcenentnahme ausgeschlossen sind. Die Belastung der Meere durch Stoffeinträge aus Landwirtschaft und Industrie ist zu vermindern.

DIE LINKE streitet für eine konsequente Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Nicht das Einbetonieren von Gewässern, sondern Auenschutz und Renaturierung schaffen lebendige Flüsse und gesundes Grundwasser. Der Eintrag von Schad- und Nährstoffen ist zu minimieren.

DIE LINKE fordert die Stärkung des „Natura 2000“-Schutzgebietsnetzes auf Land und im Meer. Der Rückgang der Artenvielfalt muss unverzüglich gestoppt werden. Die Einfuhr und der Handel von illegal geschlagenem Tropenholz in die EU ist zu verbieten. Gleichzeitig müssen Entwicklungsländer beim Waldschutz finanziell unterstützt werden. Wir setzen uns für den Erlass einer EU-Bodenschutz-Verordnung ein, um auch dieses Umweltmedium zu schützen.

DIE LINKE setzt sich für verbindliche Tierschutzvorschriften auf EU-Ebene ein. Wir fordern ein grundsätzliches Verbot von Tierversuchen. Sie dürfen nur in begründeten Ausnahmefällen durchgeführt werden; alternative Testmethoden sind nachdrücklicher zu erforschen. Wir fordern tiergerechte und ethisch vertretbare Haltungs- und Transportbedingungen für Nutztiere. Die industrielle Tierhaltung muss schrittweise, aber konsequent durch umwelt- und ressourcenschonende Haltungsformen ersetzt werden. DIE LINKE setzt sich für ein EU-weites Tierschutzsiegel auf Nahrungsmitteln ein.

2. Im Kapitel „Für eine verantwortliche Agrarpolitik“ wird folgender Satz (Zeile 462-465) gestrichen:

„Die stoffliche und energetische Nutzung von Biomasse ist an Nachhaltigkeitskriterien zu binden. Zur Vermeidung von Raubbau und der Vertreibung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern bzw. indigenen Gruppen müssen glaubhafte, vor Ort durchsetzbare Nachhaltigkeitszertifikate entwickelt werden.“

#### Begründung

Das einzufügende Kapitel „Für eine solidarische und sozial gerechte Umweltpolitik“ baut inhaltlich auf den Forderungen der Kapitel „Für eine wirksame Sozial- und Umweltunion“ und „Für eine solidarische Klimapolitik“ des Leitantrags auf und ersetzt diese. Ergänzt wurden Forderungen zu wesentlichen Bereichen der Energie- und Umweltpolitik, die im Leitantrag fehlten. Dabei haben wir uns an der Beschlusslage von Partei und Bundestagsfraktion orientiert.

Zugunsten sprachlicher Geschlossenheit des Kapitels haben wir auf Detailänderungen am bestehenden Text des Leitantrags verzichtet. Der Gesamtumfang des einzufügenden Kapitels orientiert sich an der Länge der beiden zu streichenden Kapitel.

Das Thema „Agroenergien“ wird im einzufügenden Kapitel „Für eine solidarische und sozial gerechte Umweltpolitik“ aufgegriffen. Die Ausführungen dazu im Kapitel „Für eine verantwortliche Agrarpolitik“ können daher gestrichen werden. Die Streichung ist auch deswegen erforderlich, weil die bisherige Formulierung einen Import von Agroenergien bei Nachweis von Nachhaltigkeitszertifikaten zulässt. Dies widerspricht der bisherigen Beschlusslage, die die Wirksamkeit von Zertifizierungssystemen infrage stellt und eine Begrenzung der Nutzung von Agroenergien auf ein Maß fordert, das durch heimische Ressourcen innerhalb der EU abgedeckt werden kann.

*Die Ersetzung des Begriffs „Ökologisches Wirtschaftswunder“ wurde durch den Parteivorstand in den Leitantrag übernommen, der Ersetzung des Begriffs „Wachstum“ wurde dann vom Parteitag zugestimmt.*

Änderungsantrag: Antragsteller/in: BAG Umwelt/Energie/ Verkehr; Ökologische Plattform

Heidmarie Behrens (LV Bremen), Michael Braedt (LV Niedersachsen), Bernd Brouns (LV Berlin), Franz Groll (LV Baden-Württemberg), Ralf Henrichs (LV Nordrhein-Westfalen,) Angelika Hunger (MdL, LV Sachsen-Anhalt), Stefan Kegler (LV Niedersachsen), Brigitte Ostmeyer (Mitglied des Parteivorstandes, LV Baden-Württemberg), Ulrich Schachtschneider (LV Niedersachsen), Anke Schneider (LV Niedersachsen), Birgit Schwebs (MdL, LV Mecklenburg-Vorpommern), Johanna Voß (LV Niedersachsen) Felicitas Weck (LV Niedersachsen), Manfred Wolf (LV Berlin)

Änderungsantrag zum Leitantrag des Parteivorstandes DIE LINKE an den Europaparteitag 28.02.2009 (EU-Wahlprogramm)

Der Parteitag möge beschließen:

**Die folgenden begrifflichen Änderungen sind vorzunehmen:**

Zeile 41-42:

„Europa braucht eine europäische Wirtschaftsordnung, die auf Beschäftigung, sozialen Zusammenhalt und nachhaltiges Wachstum orientiert.“

ist zu ersetzen durch

„Europa braucht eine europäische Wirtschaftsordnung, die auf Beschäftigung, sozialen Zusammenhalt, Umweltschutz und nachhaltiges Wirtschaften orientiert.“

Zeile 58-60:

„Europa und die europäischen Staaten tragen eine besondere Verantwortung, ein „ökologisches Wirtschaftswunder“ im globalen Maßstab zu fördern.“

ist zu ersetzen durch

„Europa und die europäischen Staaten tragen eine besondere Verantwortung, ein ökologisch nachhaltiges Wirtschaften im globalen Maßstab zu fördern.“

Zeile 77-78:

„Die Europäische Zentralbank muss demokratisch kontrolliert und neben Preisstabilität auch auf Beschäftigung und Wachstum ausgerichtet werden.“

ist zu ersetzen durch

„Die Europäische Zentralbank muss demokratisch kontrolliert und neben Preisstabilität auch auf Beschäftigung und nachhaltige Entwicklung ausgerichtet werden.“

Zeile 78-80:

„Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss durch einen Pakt für Wachstum, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz ersetzt werden.“

ist zu ersetzen durch

„Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss durch einen Pakt für nachhaltige Entwicklung, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz ersetzt werden.“

Zeile 175-176:

„Ein „ökologisches Wirtschaftswunder“ erfordert öffentliche Investitionen in eine zukunftsfähige Energieversorgung, in Bildung und eine starke europäische Binnennachfrage.“

ist zu ersetzen durch

„Ökologisch nachhaltiges Wirtschaften erfordert öffentliche Investitionen in eine zukunftsfähige Energieversorgung, in Bildung und eine starke europäische Binnennachfrage.“

Zeile 197-200:

„Die Europäische Zentralbank (EZB) muss neben ihrem geldpolitischen Beitrag zur Preisstabilität gleichrangig auf die Förderung von Wachstum und Beschäftigung verpflichtet und durch das Europäische Parlament sowie den Rat der Finanzminister sowie den Rat der Finanzminister (ECOFIN) kontrolliert werden.“

ist zu ersetzen durch

„Die Europäische Zentralbank (EZB) muss neben ihrem geldpolitischen Beitrag zur Preisstabilität gleichrangig auf die Förderung von nachhaltiger Entwicklung und Beschäftigung verpflichtet und durch das Europäische Parlament sowie den Rat der Finanzminister sowie den Rat der Finanzminister (ECOFIN) kontrolliert werden.“

Zeile 216-217:

„Deshalb muss der Stabilitäts- und Wachstumspakt durch einen Pakt für Wachstum, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz ersetzt werden.“

ist zu ersetzen durch

„Deshalb muss der Stabilitäts- und Wachstumspakt durch einen Pakt für nachhaltige Entwicklung, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz ersetzt werden.“

### **Begründung**

„Nachhaltiges“ Wachstum im Kapitalismus ist langfristig nicht möglich. Anschauliche Beispiele dafür sind die fortschreitende globale Erwärmung durch einen stetig steigenden Klimagas-Ausstoß und das absehbare globale Ölfördermaximum („peak oil“). „Nachhaltiges“ Wachstum ist kaum mehr als eine leere Sprechblase. Statt von „Wachstum“ sollte daher zumindest von „nachhaltiger Entwicklung“ gesprochen werden, um die sozial-ökologischen Grenzen des Wachstums anzuerkennen. Aus denselben Gründen ist der Begriff „ökologisches Wirtschaftswunder“ abzulehnen.

*Der Antrag wurde vom Parteivorstand in den Leitantrag übernommen.*

Änderungsantrag:

Antragsteller/in: BAG Umwelt/Energie/ Verkehr; Ökologische Plattform

Heidmarie Behrens (LV Bremen), Michael Braedt (LV Niedersachsen), Bernd Brouns (LV Berlin), Franz Groll (LV Baden-Württemberg), Ralf Henrichs (LV Nordrhein-Westfalen), Stefan Kegler (LV Niedersachsen), Wolfgang Methling (MdL, LV Mecklenburg-Vorpommern), Brigitte Ostmeyer (Mitglied des Parteivorstandes, LV Baden-Württemberg), Ulrich Schachtschneider (LV Niedersachsen), Anke Schneider (LV Niedersachsen), Birgit Schwebs (MdL, LV Mecklenburg-Vorpommern), Mignon Schwenke (LV Mecklenburg-Vorpommern), Johanna Voß (LV Niedersachsen), Felicitas Weck (LV Niedersachsen)

Änderungsantrag zum Leitantrag des Parteivorstandes DIE LINKE an den Europaparteitag 28.02.2009 (EU-Wahlprogramm)

Der Parteitag möge beschließen:

1. Im Kapitel „Für eine verantwortliche Agrarpolitik“ wird folgender Satz (Zeile 469-471) gestrichen:

Zeile 469-471: Streichung des folgenden Satzes

„Die Zulassung genveränderter Pflanzen ist strengsten Prüfungen zu unterziehen, die öffentliche, konzernunabhängige Begleitforschung zu stärken.“

Zeile 471-473: Der Satz

„Die lückenlose Kennzeichnung gentechnisch veränderter Produkte muss durchgesetzt werden, um echte Wahlfreiheit für Verbraucher und Produzenten zu sichern.“

wird ersetzt durch

„Solange bis ein Verbot gentechnisch veränderter Pflanzen durchgesetzt ist, muss eine lückenlose Kennzeichnung gentechnisch veränderter Produkte eingeführt werden, um echte Wahlfreiheit für Verbraucherinnen und Verbraucher zu schaffen.“

### **Begründung**

Die ablehnende Haltung zu „grüner“ Gentechnik in der Landwirtschaft, wie sie in den vorhergehenden Sätzen im Leitantrag zum Ausdruck kommt („Deshalb lehnen wir ihren Anbau ab.“), wird durch die beiden Sätze relativiert. Dem sollen die vorgeschlagenen Änderungen entgegenwirken.